

Kapitel 6: International zusammenarbeiten



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 13.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-I Kapitel 6: International zusammenarbeiten

1 Kapitel 6: International zusammenarbeiten

Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die Klima- und Biodiversitätskrise, Hunger, Urbanisierung, Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir können sie nur gemeinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls moderiert, oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine kooperative und aktive Politik zu betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und vorsorgenden, einer kohärenten und wertegeleiteten Politik – stets europäisch und entlang einer verlässlichen deutsch-französischen Zusammenarbeit, mit unseren Partner*innen innerhalb und außerhalb Europas, transatlantisch und im Rahmen der Vereinten Nationen.

Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das Pariser Klimaabkommen, internationale Menschenrechtsnormen und die rechtsbasierte internationale Ordnung setzen wir uns für eine wirkungsorientierte globale Strukturpolitik ein, die den Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter, eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Wohlstand sowie Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen die Klima- und Biodiversitätskrise, Konflikte, Gewalt oder das unermessliche Leid von Hunger, Flucht und Vertreibung begreift. Wir wollen dazu auch eine europäische Politik der globalen Vernetzung und Konnektivität vorantreiben und begrüßen entsprechende Partnerschaften

Ausgangspunkt unserer Politik ist eine gestärkte, krisenfeste und handlungsfähige Europäische Union. Die Werte, auf denen sie gründet, wollen wir nach innen verteidigen und nach außen beherzt vertreten: Menschenrechte, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Die EU als Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen und Feindseligkeiten auf unserem Kontinent, exportiert in die ganze Welt, sondern vor allem ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und einmaliges Zuhause. Gerade weil wir überzeugte Europäer*innen sind, streiten wir für ihre stetige Fortentwicklung. Wir arbeiten für eine europäische Wertegemeinschaft, die ihre Abhängigkeit von Dritten in kritischen Bereichen ab- und ihre Souveränität und strategische Handlungsfähigkeit ausbaut – in einem Gleichgewicht von Kooperation, wo möglich, und Eigenständigkeit, wo nötig. So eine EU ist in der Lage, kritische Infrastruktur und globale Gemeingüter bereitzustellen und zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen Menschenrechte einzustehen. Ein wichtiges Fundament dafür ist es, Spaltung und antidemokratischen Bestrebungen innerhalb Europas entgegenzutreten. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich erheblichen Einfluss. Diesen Hebel wollen wir nutzen, um die globale Transformation gerecht zu gestalten und ambitionierte Standards zu setzen.

Der erheblichen Widerstände und Dilemmata, die das bedeutet, sind wir uns bewusst. Mit ihrem

autoritären Hegemonialstreben zwingen Staaten wie China und Russland, die Menschen- und Bürger*innenrechte systematisch aushebeln, andere Staaten nicht nur in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit, sondern sie wollen auch Europa spalten. Zugleich wird eine globale sozial-ökologische Transformation ohne China, auch ohne Russland oder Brasilien, nicht möglich sein. Das allein zeigt: Der globale Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen ist real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt uns vor derart beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum Scheitern verurteilt wäre. Mit einer Demokratieoffensive treten wir diesem Trend entgegen und stärken die globale Zusammenarbeit von Demokratien und Demokrat*innen. In eine Partnerschaft für Demokratie sollten die Länder, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Parlamentarier*innen einbezogen werden, die sich zu ambitionierten demokratischen Standards bekennen. Zudem wollen wir die Stärkung von demokratischer Rechtsstaatlichkeit, regionaler Integration, Zivilgesellschaft und Menschenrechten ressortübergreifend besser koordinieren und ausbauen. Wir präferieren die regelbasierte, multilaterale Zusammenarbeit gegenüber informellen Formaten.

Wir können die vielen Widersprüche und Grenzen außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Handelns nicht auflösen. Die Verteidigung von Menschenrechten, Demokratie und das klare Bekenntnis zu Freiheitsbewegungen führen an die Grenzen politischer Handlungsfähigkeit. Wir können uns aber dieser Verantwortung nicht entziehen. Umso zentraler ist europäische Kohärenz und sind politische Bündnisse mit allen anderen Staaten, aber gerade auch Regionen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen oder zwischenstaatlichen Akteur*innen, für die der Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts ebenfalls Grundlage internationaler Beziehungen sind. Diese Bündnisse wollen wir stärken und selbstbewusst mitgestalten. Deutschlands Vertretung in internationalen Organisationen wollen wir besser aufstellen und das Engagement stärken. Souverän sind wir nur gemeinsam.

Wir setzen auf den ehrlichen Interessenausgleich, auf eine feministische Außenpolitik, die Achtung der Rechte marginalisierter Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf Gewaltfreiheit und koordinierte Krisenprävention und regelbasierte sowie vorrangig zivile Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir reichen allen die Hand, die daran teilhaben wollen. Wir richten unsere Politik postkolonial und antirassistisch aus, im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der Welt und im Bewusstsein um die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Als hochentwickelter und exportorientierter Industriestaat gehört Deutschland zu den Hauptverursachern globaler Erwärmung und agiert als entscheidender Player einer Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch zu Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung, insbesondere auch gegenüber Ländern des globalen Südens, verstehen wir als Antrieb für ambitionierte Veränderung und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit und setzen dafür bei uns selbst an.

Das bedeutet auch: Wir fordern die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte nicht nur von anderen ein, sondern messen uns selbst daran. Menschenrechte sind völkerrechtliche Pflicht und unverrückbare Grundlage einer wertegeleiteten internationalen Politik. „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“: Artikel 1 der Allgemeinen

80 Erklärung der Menschenrechte ist Leitbild unseres Engagements – auch in der europäischen
 81 Geflüchtetenpolitik. Sie ist das große Versagen Europas. In keinem anderen Bereich scheitern
 82 die europäischen Regierungen derart an den eigenen Ansprüchen hinsichtlich Moral,
 83 Menschenrechten und internationalen Rechts.

84 Doch wir haben Möglichkeiten und Regeln, um Flucht angemessen und nach klaren,
 85 menschenrechtsbasierten Prinzipien zu begegnen. Diese Regeln gibt es, ebenso wie es immer
 86 wieder Momente in unserer Geschichte gab, da nach ihnen gehandelt wurde. Hier wollen wir
 87 anknüpfen und – wenn nicht gesamteuropäisch, dann in einer humanitären Koalition der
 88 Willigen innerhalb und außerhalb der EU – einen Paradigmenwechsel hin zur konsequenten
 89 Vorbeugung gegen Fluchtursachen und zu einem menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten
 90 vorantreiben. Wir setzen auf Rationalität und Handlungswillen, auf Humanität und
 91 Verantwortung – und auf den unerlässlichen Pragmatismus der Nothilfe.

92 Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns liegen,
 93 sollte Messlatte unseres nationalen und internationalen politischen Handelns sein. Die
 94 globalen Aufgaben sind erheblich. Wagen wir die notwendigen Antworten.

95 **Wir treiben die sozial-ökologische Transformation voran**

96 **Schubkraft für globale Transformation**

97 Mehr denn je bedrohen Klimaveränderungen und der Verlust von Artenvielfalt menschliche
 98 Sicherheit und Freiheit sowie die nachhaltige Entwicklung – überall auf der Welt. Die Zeit
 99 drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine sozial-
 100 ökologische Transformation. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und des
 101 Klimaabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet, bei sich
 102 zu Hause anzufangen und ihren Beitrag für die gemeinsame Aufgabe zu leisten – schließlich
 103 sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder Rüstungsexporten,
 104 die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. Wir
 105 wollen alle Politikbereiche in Deutschland auf die Transformation ausrichten und für ein
 106 strategisches und kohärentes Handeln in allen Ressorts und Politikbereichen einen Nationalen
 107 Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einrichten sowie einen Nachhaltigkeits-
 108 und Menschenrechts-TÜV einführen, mit dem relevante Gesetzesentwürfe auf Vereinbarkeit mit
 109 den VN-Nachhaltigkeits- und -Klimazielen sowie Menschenrechtsabkommen überprüft werden.

Auch

110 international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen,
 111 indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken und insbesondere die Länder
 112 des globalen Südens in diesem Prozess unterstützen. Wir bündeln die Ausgaben für
 113 Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären
 114 Hilfe, um eine globale Transformation entlang der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten
 115 Nationen und der Pariser Klimaziele zu finanzieren. Dabei halten wir unsere internationalen
 116 Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit, Klimafinanzierung und Biodiversität ein.
 117 Deutschlands Beitrag dazu ist, die ODA-Quote, also den Anteil der öffentlichen Ausgaben für
 118 Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen, von 0,7 Prozent bis 2025 zu
 119 erreichen
 119 und weitere 10 Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung bereitzustellen.

120 **Klimaaußenpolitik und globale Klimagerechtigkeit**

Wir verfolgen eine ambitionierte, nachhaltige und menschenrechtskonforme Klimaaußenpolitik und setzen uns für globale Klimagerechtigkeit ein: Wir machen Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen zu einer ressortübergreifenden strategischen Priorität unseres internationalen politischen Handelns. So wollen wir auch der historischen Verantwortung von Deutschland und Europa gerecht werden. Internationale Kooperation für Klimagerechtigkeit ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Denn die Länder des globalen Südens haben wachsende Energiebedarfe: Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir Innovation für Klimaneutralität global vorantreiben, den massiven Ausbau erneuerbarer Energien unterstützen und Anpassung stärken, damit die Weltgemeinschaft auf den 1,5-Grad-Pfad kommen kann. Wir wollen Win-win-Situationen für Europa und seine Nachbarstaaten sowie für Länder mit großen Potenzialen für erneuerbare Energien schaffen und somit postkolonial sensibel unseren Bedarf an grüner Energie sichern: grünen Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Wir stärken die personellen und finanziellen Mittel Deutschlands und der EU für Klimaaußenpolitik sowie für globale Klimagerechtigkeit und richten unsere diplomatischen Fähigkeiten gezielt auf eine klimagerechte Politik aus. Die bestehenden internationalen Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz wollen wir besser ausstatten und setzen uns für einen zusätzlichen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten ein, um daraus zum Beispiel Klimarisikoversicherungen zu finanzieren. Förderungen fossiler Energieträger in unserer Entwicklungs- und Exportfinanzierung werden wir beenden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank oder die KfW sollen zu Transformationsbanken umgebaut werden.

Klima und Umwelt schützen, Menschenrechte achten

Der Schutz der Menschenrechte verpflichtet zum Klima- und Umweltschutz, umgekehrt schützt Klima- und Umweltschutz Menschenrechte. Wir treten für verbindliche Mechanismen zum Schutz von Menschen ein, die aufgrund von Extremwetterereignissen oder schleichender Umweltveränderung ihre Lebensgrundlage verlieren und ihre Heimat verlassen müssen. Insbesondere regionale Ansätze, die den Betroffenen eine selbstbestimmte und würdevolle Migration ermöglichen und ihnen Aufenthaltsperspektiven schaffen, unterstützen wir. Zugleich wollen wir jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung beigetragen haben, um dem Verantwortungsprinzip im Umweltvölkerrecht Rechnung zu tragen und Heimat- und Aufnahmeländer klimabedingter Migration zu unterstützen. Die „Task Force on Displacement“ der Klimarahmenkonvention UNFCCC wollen wir strukturell stärken und setzen uns dafür ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Es braucht auch die Stärkung des Rechts indigener Gemeinschaften. Initiativen zur Stärkung des Rechtswegs, auch gegen multilaterale Investitionsbanken und das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die französische Initiative, das Umweltvölkerrecht zu kodifizieren und zu konsolidieren, greifen wir auf und machen uns dafür stark, in einem ersten Schritt das Recht auf saubere Umwelt in einer Resolution der VN-Generalversammlung zu verbriefen. Da

161 Verbrechen gegen die Umwelt nicht vor Ländergrenzen Halt machen, ist es im globalen
162 Interesse, dass die internationale Staatengemeinschaft eine Gerichtsbarkeit schafft, die
163 diese Verbrechen unabhängig und grenzüberschreitend verfolgt.

164 **Armut und Ungleichheit weltweit bekämpfen**

165 Durch die Corona-Pandemie sind Armut und Ungleichheit weltweit dramatisch angestiegen.
166 Armutsbekämpfung und gerechte Teilhabe sind zentrale Ziele unseres internationalen
167 Engagements. Wir unterstützen Länder dabei, eine sozialorientierte Wirtschafts- und
168 Steuerpolitik zu verfolgen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen weltweit sozial
169 abgesichert werden, auch über Social Cash Transfers, und dass Kinder und Jugendliche Zugang
170 zu hochwertiger Schul- und Berufsausbildung erhalten. Gemeinsam mit unseren Partnerländern
171 wollen wir den Aufbau nachhaltiger und rechtsbasierter sozialer Sicherungssysteme fördern.
172 Grundsätzlich sollen soziale Sicherungsprogramme einfach zugänglich sein und die
173 vulnerabelsten Gruppen erreichen, die Geschlechtergerechtigkeit herstellen und den sozialen
174 Zusammenhalt stärken. Um die Effektivität aller Maßnahmen zu erhöhen, wollen wir
175 Wirkungsevaluierung, Transparenz sowie den Austausch mit der Wissenschaft stärken.

176

177

178 **Humanitäre Hilfe stärken**

179 Mit humanitärer Hilfe unterstützen wir weltweit Menschen, die in humanitäre Notlagen geraten
180 sind. Die Anzahl humanitärer Krisen nimmt zu, sowohl aufgrund bewaffneter Konflikte als auch
181 infolge klimakrisenbedingter Extremwetterereignisse. Immer mehr Menschen müssen ihre
Heimat

182 verlassen, humanitäre Krisen dauern länger an. Dem werden wir durch eine kontinuierliche
183 Anpassung der Mittel für die humanitäre Hilfe gerecht. Diese werden bedarfsorientiert sowie
184 verstärkt mehrjährig vergeben. Damit ermöglichen wir Planbarkeit und Flexibilität für die
185 Durchführungsorganisationen und erreichen Menschen in Not schnell und angemessen. Wir
setzen

186 uns für die Achtung der humanitären Prinzipien ein und gehen durch die bessere Verzahnung
187 mit ziviler Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit die strukturellen Ursachen an.

188 **Wir stärken die multilaterale Zusammenarbeit**

189 **Vereinte Nationen reformieren**

190 Ohne die Vereinten Nationen ist die multilaterale Zusammenarbeit an der sozial-ökologischen
191 Transformation nicht zu meistern. Ihre Institutionen versorgen überall auf der Welt
192 Millionen von Geflüchteten, stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und Gesundheitsleistungen
193 zur Verfügung. Sie vermitteln in unzähligen Kriegen und Konflikten und sind der Rahmen, in
194 dem die beiden wichtigsten multilateralen Abkommen der vergangenen Jahre ausgehandelt
worden

195 sind: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaschutzabkommen. Das
196 Engagement Deutschlands und der EU für die Vereinten Nationen werden wir finanziell,
197 personell und diplomatisch substanziell verstärken, besser koordinieren und internationale
198 Vereinbarungen konsequent in nationale und europäische Politik umsetzen. So schaffen wir die
199 Voraussetzungen für notwendige Reformen des VN-Systems. Der Sicherheitsrat und andere
Organe

200 der Vereinten Nationen sollten an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst werden.

201 Dabei geht es um eine gerechtere Repräsentation der Regionen im Sicherheitsrat. Das Konzept
 202 der Vetomächte ist nicht mehr zeitgemäß. Wir zielen darauf, dass das Vetorecht langfristig
 203 abgeschafft wird. Als Zwischenschritt sollte im Falle von schwersten Verbrechen gegen die
 204 Menschlichkeit ein Veto im Sicherheitsrat mit einer Begründung und einem Alternativvorschlag
 205 versehen werden. Wenn der Sicherheitsrat im Falle von schwersten
 Menschenrechtsverletzungen
 206 anhaltend blockiert ist, soll die Generalversammlung an seiner Stelle nach dem Vorbild der
 207 „Uniting for Peace“-Resolution über friedens erzwingende Maßnahmen, also diplomatische
 208 Maßnahmen, Sanktionen oder militärische Maßnahmen gemäß Kapitel VII der UN-Charta, mit
 209 qualifizierter Mehrheit beschließen.

210 **Resilienz gegen Epidemien erhöhen - WHO stärken**

211 Zum Schutz vor neuen und zur Bekämpfung der alten Krankheiten setzen wir auf verstärkte
 212 internationale Zusammenarbeit und Solidarität unter dem Dach der zu reformierenden
 213 Weltgesundheitsorganisation als Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die WHO soll die
 214 koordinierende Organisation der globalen Gesundheit sein. Dazu wollen wir sie mit deutlich
 215 höheren Beiträgen und einem klaren Mandat befähigen. Sie soll Gesundheitssysteme weltweit
 216 stärken können, damit eine bessere Versorgung lokaler Bevölkerungen sichergestellt ist und
 217 die Prävention gegen nichtübertragbare wie übertragbare Krankheiten, deren Diagnose und die
 218 Reaktion darauf verbessert werden. Ihre zentrale Rolle in der Pandemievorsorge und -
 219 bekämpfung wollen wir weiter stärken. In den G20 werden wir uns dafür einsetzen, ihr einen
 220 formellen Sitz einzuräumen. Mit Blick auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie hat Priorität,
 221 dass noch in diesem Jahr die bestehenden Kapazitäten zur Produktion von Covid-19-Impfstoffen
 222 erhöht und Impfstoffe im Rahmen der COVAX-Allianz an einkommensschwache Länder geliefert
 223 werden. Zusätzlich setzen wir uns für einen aktiven Technologie- und Wissenstransfer
 224 bezüglich der Herstellung entscheidender Arzneimittel ein. Die Gewährleistung offener,
 225 fairer und flexibler globaler Lieferketten ist dafür genauso Voraussetzung wie die Aufhebung
 226 weltweiter Exportrestriktionen für Covid-19-Impfstoffe. Wo freiwillige
 227 Produktionspartnerschaften nicht ausreichen, unterstützen wir Anträge auf Erteilung von
 228 verpflichtenden Lizenzen für Covid-Impfstoffe gegen Entschädigungen und bringen uns in
 229 diesem Sinne bei der WTO für eine temporäre Aussetzung von Patenten für Technologien zur
 230 Bekämpfung von Covid-19 in die Verhandlungen ein. Monopole auf geistiges Eigentum zur
 231 Bekämpfung von Krankheiten dürfen den Zugang zu überlebenswichtigen Schutzmaterialien,
 232 Impfstoffen und Arzneimitteln nicht versperren. Wir unterstützen die Einbindung Taiwans in
 233 die WHO inklusive eines Beobachterstatus.

234 **50 Prozent Frauen in internationalen Verhandlungen**

235 Wir wollen dem Multilateralismus neue Impulse für mehr Zusammenarbeit geben.
 Transformation
 236 gelingt nur mit Kooperation, und die gelingt nur durch Einbeziehung der betroffenen
 237 gesellschaftlichen Gruppen. Nach wie vor ist die gleichberechtigte und intersektionale
 238 Teilhabe von Frauen der stärkste Indikator dafür. Wir wollen schrittweise für Deutschland
 239 und Europa eine 50-Prozent-Quote in allen diplomatischen und multilateralen Verhandlungen,
 240 für die Entsendung in internationale Organisationen sowie auf den Umsetzungsebenen
 241 durchsetzen. Um das zu ermöglichen, ist eine 50-Prozent-Quote für Frauen im Auswahlverfahren
 242 für das Personal in internationalen Einsätzen, in den international arbeitenden Ministerien

sowie im gehobenen und höheren Europäischen Auswärtigen Dienst notwendig. Es braucht vergleichbare Kriterien, Standards, Indikatoren und Zeitrahmen für die Gleichstellungspläne der Ministerien, vergleichbar mit dem „Gender Equality Plan“ nach dem Vorbild der schwedischen Regierung.

Wir arbeiten an guten Beziehungen in einer multipolaren Welt

Für eine aktive europäische Politik mit unseren Nachbarstaaten

Die EU muss vor allem in ihrer direkten Nachbarschaft mehr Verantwortung übernehmen. Die EU-Erweiterungspolitik ist dabei eine Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen. Deshalb treten wir für konkrete Fortschritte bei der europäischen Integration der Länder des westlichen Balkans ein. Wir wollen notwendige Reformen, unter anderem bei Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung sowie Inklusion und Schutz von Minderheiten, insbesondere der Rom*nja, aktiv unterstützen. Die Visaliberalisierung für Kosovar*innen ist als nächster Schritt genauso unerlässlich wie Fortschritte im Serbien-Kosovo-Dialog, die Eröffnung der ersten EU-Beitrittskapitel für Albanien und Nordmazedonien oder die Schaffung einer Bürger*innengesellschaft mit gleichen Rechten für alle Bürger*innen in Bosnien und Herzegowina. Auch Aussöhnungsprozesse und die politische und juristische Aufarbeitung der Kriegsverbrechen müssen gestärkt werden. Ethnischen Grenzverschiebungen oder Diskriminierungen erteilen wir eine klare Absage. In Osteuropa streiten viele mutige Menschen in Ländern wie Armenien, Georgien, Ukraine oder Belarus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Wir stehen an ihrer Seite und fördern demokratische und sozial-ökologische Transformationsprozesse in der Region, im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU und bilateral, etwa durch die stärkere Knüpfung von Geldern an die nachhaltige Umsetzung von Reformen. Wir unterstützen die demokratische Zivilgesellschaft und unabhängige Medien vor Ort, wollen mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen und Justizreformen vorantreiben. EU-assoziierten Ländern der Östlichen Partnerschaft wollen wir den Weg zu einem EU-Beitritt offenhalten. Im Süden braucht es eine neue Mittelmeerpolitik, die gemeinsam Entwicklungspotenziale für die Region realisiert und sich zugleich den enormen Herausforderungen stellt: Terrorismus, autoritäre Regime, Staatszerfall. Gemeinsam wollen wir im Rahmen ambitionierter Energiepartnerschaften den Mittelmeerraum zu einer Plus-Energie-Region machen. Derweil hat zu unserem großen Bedauern mit Großbritannien erstmals ein Land das gemeinsame Haus der EU verlassen. Es ist gut, dass mit dem Handels- und Kooperationsabkommen die Grundlage für einen Neubeginn geschaffen wurde. Es bedarf aber weiterer Anstrengungen, um zu verhindern, dass europäische Standards ausgehöhlt werden. Das Karfreitagsabkommen und die offene Grenze garantieren den Frieden auf der irischen Insel. Dieser fragile Frieden darf nicht gefährdet werden. Den Austausch von Studierenden, Forscher*innen und in der beruflichen Bildung zwischen der EU und Großbritannien wollen wir auch nach dem Brexit lebendig halten.

USA

Die transatlantische Partnerschaft bleibt ein zentraler Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik, jedoch muss sie erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren

gemeinsamen Werten und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten transatlantischen Agenda der EU wollen wir einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, geben. Besonders mit der Etablierung einer starken Klimapartnerschaft kann die transatlantische Partnerschaft Inspiration und Treiber für eine sozial-ökologische Transformation, die weltweit höchste Standards setzt, sein. Wir setzen auch bei der Stärkung des Multilateralismus, in Handelsfragen sowie bei der Gesundheit auf eine gute Kooperation mit den USA. Wir wollen uns gemeinsam für den weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler Rechtsnormen, globale Rüstungskontrolle und Abrüstung, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer verantwortungsbewussten Handelspolitik einsetzen. Das schließt eine Verständigung über den Umgang mit autoritären Staaten mit ein. Der sicherheitspolitische Fokus der USA wird sich auch mit der neuen US-Regierung nicht wieder zuvorderst auf Europa richten. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten und Polens. Wir wollen die transatlantische Debatte auf vielen Ebenen führen, auch auf den jeweiligen föderalen und lokalen, sowie in zivilgesellschaftlichen Foren – und damit nachhaltige, diverse gesellschaftliche Netzwerke knüpfen.

China

China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von China ein Ende seiner eklatanten Menschenrechtsverletzungen, etwa in Xinjiang und Tibet und zunehmend auch in Hongkong. Es braucht auch einen konstruktiven Dialog mit China, der dort eine Kooperation sucht, wo es zu konstruktiver Zusammenarbeit bereit ist, und klare Gegenstrategien bereithält, wo China systematisch versucht, internationale Standards zu schwächen. Insbesondere in der Klimapolitik streben wir gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen sowie eine Einhaltung von nachhaltigen Produktionsstandards und einen transparenten Fahrplan zur Bekämpfung der Klimakrise, beispielsweise durch einen Kohleausstieg, in China an. Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen. Wir halten uns an die „Ein-China-Politik“ der Europäischen Union und betonen, dass die Vereinigung mit Taiwan nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf. Gleichzeitig wollen wir den politischen Austausch mit Taiwan ausbauen. Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert und jede Form von Zwangsarbeit beendet. Das EU-Lieferkettengesetz muss angesichts der Menschenrechtsverletzungen – etwa in Xinjiang – Waren aus Zwangsarbeit den Zugang zum Binnenmarkt ebenso verwehren, wie es Unternehmen für ihre Produkte in Haftung nimmt. Deutschland sollte sich außerdem für eine Fact-Finding-Mission zu Xinjiang im Rahmen des VN-Menschenrechtsrats einsetzen und die Unterdrückung der Uigur*innen als Völkerstraftaten bezeichnen. Dem europäisch-chinesischen Investitionsabkommen CAI können wir in seiner

jetzigen Form nicht zustimmen. Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung gegenüber China arbeiten.

Indo-Pazifik

Wir setzen uns für eine freie und offene indo-pazifische Region auf der Grundlage globaler Normen und des Völkerrechts ein. Wir wollen eine umfassende Kooperation mit der Region, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Stärkung des Multilateralismus und bei Digitalisierung und Klimaschutz. Australien, Japan, Neuseeland, Südkorea und auch Taiwan betrachten wir ebenso als wichtige Partnerländer, wie wir die strategischen Partnerschaften mit Indien und mit ASEAN ausbauen wollen. Die Stärkung der Zivilgesellschaften ist ein integraler Bestandteil unserer Indo-Pazifik-Strategie. Wir entwickeln eine indo-pazifische Handelspolitik, die nachhaltige bilaterale Handelsbeziehungen mit gleichgesinnten Partner*innen in einem multilateralen Rahmen vorsieht, demokratisch und transparent zustande kommt und sich für globale Gemeinwohlinteressen wie Klimaschutz, Sozialstandards und Menschenrechte einsetzt. Wir streben an, einen intensivierten Dialog zu Frieden und Sicherheit mit Partner*innen im Indo-Pazifik zu führen. Die vor allem vom steigenden Meeresspiegel Betroffenen verdienen unsere verstärkte, konkrete Unterstützung. Auch soll sich Deutschland aktiv für eine globale EU-Konnektivitätsstrategie einsetzen, um gemeinsame Infrastrukturentwicklung nach qualitativ hohen internationalen Standards entsprechend den Bedürfnissen unserer Partner*innen zu realisieren.

Russland

Russland hat sich zunehmend in einen autoritären Staat gewandelt, dessen Außenpolitik durch militärische und hybride Mittel immer offensiver Demokratie, Stabilität und Frieden in der EU und in der gemeinsamen Nachbarschaft gefährdet. Gleichzeitig erstarkt die Demokratiebewegung in Russland. Die mutige Zivilgesellschaft, die der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sexuelle Selbstbestimmung kämpft, wollen wir unterstützen und den kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Austausch mit ihr intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und des militärischen Vorgehens in der Ukraine gegen Russland verhängt wurden, hat die EU klare Bedingungen formuliert. An diesen werden wir festhalten und die Sanktionen bei Bedarf verschärfen. Wir verlangen, dass die russische Regierung ihre Zusagen aus dem Minsker Abkommen umsetzt. Das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 trägt nicht zum Klimaschutz bei, richtet sich gezielt gegen die energie- und geostrategischen Interessen der Europäischen Union, gefährdet die Stabilität der Ukraine und muss daher gestoppt werden. Es braucht außerdem einen konstruktiven Klima-Dialog mit Russland, wobei bei einzelnen Schritten die Menschenrechte geschützt werden müssen.

Türkei

Die Türkei und die EU verbindet sehr viel mehr, als sie trennt: gesellschaftlich, kulturell, wirtschaftlich. Gerade die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind, auch durch die gemeinsame Migrationsgeschichte, eng und vielfältig. Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gleichstellung und Menschenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen, fordern eine sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem politischen

369 Dialog- und Friedensprozess in der kurdischen Frage. Wir weisen die aggressive Außenpolitik
370 der türkischen Regierung entschieden zurück und fordern sie auf, zu einer multilateralen
371 Außen- und Sicherheitspolitik zurückzukehren. Das gilt es auch in der NATO zu
372 thematisieren, nicht zuletzt mit Blick auf die völkerrechtswidrige Militäroffensive der
373 Türkei in Nordsyrien. Wir verurteilen den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention
374 und fordern sie auf, diesen wieder rückgängig zu machen. Die Wiederaufnahme der Gespräche
375 über einen EU-Beitritt ist unser politisches Ziel. Sie kann es aber erst geben, wenn die
376 Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht. Die Türkei
377 hat mehr Geflüchtete – vor allem aus Syrien – aufgenommen als die 27 Mitgliedstaaten der EU
378 zusammen. Der bestehende „EU-Türkei-Deal“ untergräbt jedoch internationales Asylrecht, ist
379 gescheitert und muss beendet werden. Wir fordern die Türkei auf, die Genfer
380 Flüchtlingskonvention vollumfänglich umzusetzen. Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat.
381 Eine neue Bundesregierung muss die von der Kommission angestoßenen Verhandlungen über
ein
382 neues Abkommen dafür nutzen, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Das neue
Abkommen
383 muss völkerrechts- und rechtsstaatskonform sein und darf nicht die Flucht bekämpfen, sondern
384 muss
385 die Perspektiven der Menschen verbessern. Daher soll es die notwendige finanzielle und
386 logistische Unterstützung vor Ort garantieren, die Türkei bei der Aufnahme von Geflüchteten
387 unterstützen und verbindliche Kontingentzusagen zur Umsiedlung schutzbedürftiger
388 Geflüchteter in die EU machen. Im Gegenzug muss die Türkei garantieren, Geflüchtete gut zu
389 versorgen und zu integrieren. Geflüchtete dürfen nicht zum Spielball gemacht werden. Solch
390 ein Abkommen muss im Parlament debattiert und beschlossen werden. Menschen in
Deutschland
391 dürfen von der türkischen Regierung und ihren Unterstützer*innen weder instrumentalisiert
392 noch überwacht oder gar bedroht werden. Wir wollen gerade in schwierigen Zeiten den
393 Austausch mit der menschenrechtsorientierten und demokratischen Zivilgesellschaft in der
394 Türkei und Jugendaustauschprogramme ausbauen.

395 **Naher und Mittlerer Osten**

396 Partnerschaften mit den Staaten und Gesellschaften des Nahen Ostens und der südlichen
397 europäischen Nachbarschaft sind ein wichtiger Bestandteil unserer Außen-, Klima- und
398 Menschenrechtspolitik. Wir setzen auf vielfältige Formen der Zusammenarbeit, etwa durch
399 Stärkung der Zivilgesellschaften im Bemühen um mehr Beteiligung, Kooperation bei der
400 Bewältigung der Herausforderung Klimawandel und Förderung unabhängiger und nachhaltiger
401 Wirtschaftsstrukturen, gerade für junge Menschen. Eine Vermittlung zur Verständigung
402 zwischen dem Iran und den arabischen Golfstaaten gehört ebenso zu den Aufgaben
europäischer
403 Außenpolitik wie Bemühungen zur Mediation von offenen Konflikten, zum Beispiel in Syrien,
404 Libyen und Jemen, sowie die Verhinderung von Staatszerfall, Korruption, sozialen
405 Verwerfungen und Vertreibungen in der gesamten Region. Durch die Bewahrung und das
406 Wiederaufleben des Atom-Abkommens mit dem Iran (JCPOA) kann ein nukleares Wettrüsten im
407 Nahen Osten verhindert
408 werden. Frieden, Sicherheit und menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen im
409 Nahen Osten sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik, auch und
410 besonders mit

411 Blick auf einen nachhaltigen Frieden zwischen Israelis und Palästinenser*innen. Die
 412 Sicherheit des Staates Israel ist ein Teil der deutschen Staatsräson. Die Existenz und die
 413 Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für
 414 all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Wir treten für die Fortsetzung der engen
 415 deutsch-israelischen Beziehungen ein. Die anhaltende Bedrohung des Staates Israel und seiner
 416 Souveränität in seiner Nachbarschaft und den Terror gegen seine Bevölkerung verurteilen wir.
 417 Sowohl die Eskalation von Gewalt als auch völkerrechtswidrige Maßnahmen wie die Annexion
 von
 418 besetzten Gebieten oder den fortschreitenden Siedlungsbau kritisieren wir, da sie dem Ziel
 419 einer friedlichen und politischen Lösung des Konflikts und einer Beendigung der Besatzung
 420 entgegenstehen. Für Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung auf der
 421 Grundlage der Grenzen von 1967 mit zwei souveränen, lebensfähigen und demokratischen
 Staaten
 422 für Israelis wie für Palästinenser*innen. Wir werden uns für Wahlen, einen
 423 Demokratisierungsprozess sowie den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen in den
 424 palästinensischen Gebieten starkmachen. Europa soll sich hierfür eng mit der neuen US-
 425 Regierung koordinieren.

426 **Nachbarschaft und Partnerschaft mit den Staaten Afrikas**

427 Die afrikanischen Staaten und Europa sind regional wie historisch eng verbunden. Wir blicken
 428 differenziert auf den afrikanischen Kontinent und seine Regionen in all ihrer
 429 Vielseitigkeit. Europäische Afrikapolitik muss sich von patriarchalen Denkmustern frei
 430 machen, die europäische Verantwortung annehmen und die jeweiligen Interessen in Einklang
 431 bringen. Dafür soll Deutschland im Rahmen der EU eine aktivere Rolle übernehmen. Die
 432 Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika soll sich auf Klimaschutz, Digitalisierung,
 433 Technologietransfer, zivile Krisenprävention und die sozial-ökologische Transformation
 434 fokussieren sowie faire und sichere Migrationswege aus Afrika nach Europa ermöglichen. Mit
 435 der Zivilgesellschaft, dem Kultur- und Wissenschaftsbetrieb in Afrika wollen wir verstärkt
 436 zusammenarbeiten und die vielfältige afrikanische Diaspora in Europa stärker beteiligen. Die
 437 Fortsetzung einer einseitigen Politik, die in weiten Teilen auf der Abwehr von Geflüchteten,
 438 unfairer
 439 Handels- und Agrarpolitik und der Ausbeutung von Rohstoffvorkommen fußt, lehnen wir ab und
 440 machen
 441 uns für eine gemeinsam entwickelte EU-Afrika-Strategie stark. Der Afrikanischen Union und
 442 den Regionalorganisationen stehen wir bei der Umsetzung ihrer Agenda 2063, der afrikanischen
 443 Freihandelszone und der regionalen Entwicklungs- und Friedensagenden zur Seite.

444 **Lateinamerika**

445 Wir setzen uns für eine gut abgestimmte Lateinamerika- und Karibik-Politik Deutschlands und
 446 der EU ein, die die sozial-ökologische Transformation befördert und Menschenrechte schützt.
 447 Viele Staaten Lateinamerikas haben in der Vergangenheit auf ein auf Rohstoffausbeutung
 448 basierendes Wirtschaftsmodell gesetzt, was zu Schäden für die Menschen, die Natur und die
 449 Volkswirtschaften geführt hat. Zudem sind die meisten lateinamerikanischen Staaten massiv
 450 von der Corona-Krise betroffen. Lateinamerika beherbergt vitale Zivilgesellschaften und
 451 starke soziale Bewegungen. Soziale Ungleichheiten, Korruption, verkrustete Machtstrukturen,
 452 patriarchale Gesellschaftsbilder und eine Art des Wirtschaftens, die die natürlichen

453 Lebensgrundlagen zerstört, werden zunehmend in Frage gestellt und progressive Alternativen
 454 entworfen. Gleichzeitig nehmen in vielen Ländern autoritäre Regierungsstile zu und der
 455 Raubbau an der Natur weitet sich aus. Indigene, Umwelt-, LSBTIQ*-, Frauen- und
 456 Menschenrechtsaktivist*innen sind massiv bedroht und bedürfen internationaler
 Aufmerksamkeit
 457 und Unterstützung. Die Ökosysteme Lateinamerikas spielen eine zentrale Rolle beim Schutz
 458 globaler Gemeingüter wie des Klimas und der Biodiversität. Handelspolitik, wie das Mercosur-
 459 Abkommen, muss verbindlich an Leitlinien zum Schutz der Menschenrechte, des Klimas und der
 460 Umwelt ausgerichtet sein. Ökologische Nachhaltigkeit, demokratische Teilhabe, Frieden und
 461 Geschlechtergerechtigkeit stehen daher im Zentrum unserer Zusammenarbeit mit den Staaten
 und
 462 Zivilgesellschaften Lateinamerikas. Die Streichung vieler Staaten Lateinamerikas als
 463 Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist kurzsichtig, dies wollen wir
 464 ändern.

465 **Wir verteidigen die Menschenrechte**

466 **Menschenrechtsverteidiger*innen schützen**

467 Menschenrechtsverteidiger*innen sind Held*innen. Sie verteidigen überall auf der Welt, oft
 468 unter Lebensgefahr für sich und ihre Familien, die Einhaltung der Menschenrechte an
 469 vorderster Front. Sie bedürfen unseres Schutzes, unserer Solidarität und aktiven
 470 Unterstützung – auf allen Ebenen. An den besonders betroffenen deutschen
 471 Auslandsvertretungen sollten deshalb Menschenrechtsreferent*innen als extra Anlaufstelle
 472 etabliert und sollte eine ressortübergreifende systematische Berichterstattung über die
 473 Menschenrechtslage im Land eingeführt werden. Für Menschenrechtsverteidiger*innen, die
 nicht
 474 in ihrem Land bleiben können, weil sie dort akut gefährdet sind, wollen wir schneller und
 475 häufiger als bisher humanitäre Visa bereitstellen und die neu eingerichtete Elisabeth-
 476 Selbert-Initiative zu ihrer temporären Aufnahme ausbauen. Auf internationaler Ebene setzen
 477 wir uns für den Ausbau von Förderungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen
 478 und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, wie
 479 beispielsweise Sonderberichterstatter*innen, ein. Wir werden die jüngsten Erklärungen und
 480 Empfehlungen auf VN-Ebene zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen umsetzen.
 Darüber
 481 hinaus setzen wir uns auch für den Schutz und die gezielte Förderung von
 482 Menschenrechtsverteidiger*innen aus EU-Mitgliedstaaten ein.

483 **Kriegsverbrecher*innen zur Rechenschaft ziehen**

484 Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Völkermord und Kriegsverbrechen dürfen nicht ungestraft
 485 bleiben – als Zeichen der Gerechtigkeit an die Opfer, als Signal der Abschreckung, als
 486 Voraussetzung für Frieden und Versöhnung. Das deutsche Völkerstrafrecht bietet die
 487 Möglichkeit der Verurteilung auch hier in Deutschland. Dazu werden wir die Kapazitäten beim
 488 Bundeskriminalamt und bei der Generalbundesanwaltschaft ausbauen. Die Ermittlungen in
 Fällen
 489 sexualisierter Gewalt sollten verbessert und die Strafprozessordnung sollte dort reformiert
 490 werden, wo sie den Besonderheiten von Völkerstrafrechtsverfahren noch nicht Rechnung trägt.

491 Darüber hinaus setzen wir uns für die zivilrechtliche Haftbarmachung von Unternehmen für
 492 schwerste Menschenrechtsverletzungen ein. International setzen wir uns für eine langfristige
 493 finanzielle Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Vernetzung
 494 relevanter Akteur*innen in diesem Bereich sowie für die – politische und finanzielle
 495 –Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofes und andere Institutionen wie den
 496 Mechanismus der Vereinten Nationen für die Untersuchung und Verfolgung von schwersten
 497 Kriegsverbrechen in Syrien (IIIM) ein. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Staaten dem
 498 Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs beitreten. Gerade Kinder und
 499 Jugendliche, die sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, Entführungen, Rekrutierung
 500 als Kindersoldat*in erlebt haben, leiden unter schweren Traumata. Wird dieses Leid nicht
 501 aufgearbeitet, beeinträchtigt es das Leben dieser Menschen und ihrer Familien sowie den
 502 gesellschaftlichen Zusammenhalt über Generationen. Die individuelle Traumabearbeitung
 wollen
 503 wir durch mehr qualifiziertes Personal und sichere Traumazentren vor Ort auch mit unseren
 504 internationalen Partner*innen und in Deutschland deutlich ausbauen.

505 **Keine Überwachungstechnologie für Diktaturen und Autokratien**

506 Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen Medien werden
 507 Menschenrechtsverletzungen, die ansonsten unentdeckt geblieben wären, für alle sichtbar. Und
 508 ohne Satellitenbilder ließe sich etwa die Vertreibung ganzer Dorfgemeinschaften in
 509 Kriegsgebieten gar nicht erst nachvollziehen. Zugleich sind es oft europäische
 510 Überwachungstools, die es autokratischen Regierungen ermöglichen, unliebsame Aktivist*innen
 511 zu verfolgen. Biometrische Erkennungssysteme, wie etwa identifizierende
 512 Gesichtserkennungssoftware, stellen besonders für Menschenrechtsverteidiger*innen,
 513 Medienschaffende und verfolgte Minderheiten in autoritären Staaten eine zusätzliche
 514 Bedrohung dar. Wir zielen auf ein Verbot für die Ausfuhr, den Verkauf und die Weitergabe von
 515 Überwachungsinstrumenten an repressive Regime. Entsprechende Schutzklauseln wollen wir in
 516 der deutschen wie europäischen Exportkontrolle verankern. Wir fördern die
 517 Entkriminalisierung verschlüsselter Kommunikation, stellen uns der Schwächung von
 518 Verschlüsselungstechnologien und -standards entgegen und stärken die Multi-Stakeholder-
 519 Governance des Internets auf internationaler Ebene. Im Rahmen unserer internationalen
 520 Zusammenarbeit setzen wir uns für den freien Zugang aller zu digitaler Technologie ein. Den
 521 freien Zugang zu Informationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu fördern und zu
 522 schützen. Durch die Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere digitale Vernetzung
 523 zivilgesellschaftlicher Organisationen weltweit.

524 **Für Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen weltweit**

525 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht. Ohne Geschlechtergerechtigkeit
 526 kann auch Armut nicht wirksam bekämpft werden. In vielen der ärmsten oder
 527 konfliktgebeutelten Länder sind Frauen und Mädchen besonders von Armut, Hunger und Gewalt
 528 betroffen. Wir setzen uns konsequent für die Rechte von Frauen und Mädchen weltweit ein, für
 529 ein selbstbestimmtes Leben, und werden alle diplomatischen Möglichkeiten nutzen, damit die
 530 Istanbul-Konvention Anwendung findet. Bildung und Gesundheit sind dafür die Schlüssel. Wir
 531 engagieren uns dafür, Frauen und Mädchen den uneingeschränkten Zugang zu gleichwertiger
 532 Bildung zu sichern sowie ihre sexuellen und reproduktiven Rechte zu schützen. Wir setzen uns
 533 dafür ein, dass Frauen und Mädchen weltweit uneingeschränkt Zugang zu

empfangnisverhütenden

534 Mitteln erhalten. Es braucht innovative Bildungsangebote wie kompakte nachholende
535 Grundbildung für Frauen oder Berufsbildung in Krisen- und Post-Konflikt-Kontexten. Unsere
536 internationale Zusammenarbeit werden wir darum finanziell und konzeptionell auf diese
537 Aufgabe hin ausrichten, die Erreichung der Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe
538 sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in allen Projekten verankern.

539 **Menschenrechtskonventionen umsetzen, Institutionen stärken**

540 Um Menschenrechte tatsächlich und rechtlich durchsetzen zu können, müssen internationale
541 Menschenrechtskonventionen ratifiziert, konsequent implementiert und
542 Menschenrechtsinstitutionen gestärkt werden. Es gilt insbesondere, die nun angestoßene
543 Umsetzung der ILO-Konvention für die Rechte indigener Völker abzuschließen, das 12.
544 Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention über Antidiskriminierung, das
545 Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen
546 sowie die VN-Erklärung über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen zu ratifizieren. Das
547 ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Den Prozess für ein VN-Abkommen zu
548 Wirtschaft und Menschenrechten (sog. Binding Treaty) wollen wir unterstützen und aktiv
549 vorantreiben. Darüber hinaus wollen wir einen eigenen Straftatbestand „erzwungenes
550 Verschwindenlassen“ in Deutschland schaffen, um das Defizit in der Umsetzung der
551 Internationalen Konvention gegen das erzwungene Verschwindenlassen zu beheben. Auf
552 europäischer Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen
553 Gerichtshofs für Menschenrechte ein. Das Instrument der gezielten EU-Sanktionen gegen
554 Menschenrechtsverbrecher*innen befürworten wir. Die Beauftragte der Bundesregierung für
555 Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe wollen wir strukturell besser ausstatten und die
556 finanzielle Ausstattung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter und des Deutschen
557 Instituts für Menschenrechte wollen wir mindestens verdoppeln, damit sie ihre gesetzlichen
558 Aufgaben angemessen erfüllen können. Auf internationaler Ebene setzen wir uns für die
559 Stärkung der VN-Fachausschüsse und -Sonderberichterstatter*innen ein. Menschenrechte und
560 Demokratieförderung sind Grundpfeiler unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

561 **Rechte von Minderheiten schützen**

562 Der Umgang mit Minderheiten ist der Gradmesser für den Menschenrechtsschutz in einer
563 Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Rechte von Minderheiten auf internationaler
564 Ebene zu stärken – auch innerhalb der EU. Nach wie vor setzen die einzelnen Staaten den
565 durch die Vereinten Nationen vorgegebenen Minderheitenschutz in nationales Recht um, ohne
566 dass einheitlich kontrolliert wird, ob das umfassend genug ist. Damit ist der Schutz
567 lückenhaft. Wir werden außenpolitisch für die weltweite Umsetzung der Yogyakarta-Prinzipien
568 um Schutz von LSBTIQ* eintreten. In der Entwicklungspolitik wollen wir hier einen neuen
569 Fokus setzen und unser Engagement deutlich steigern. Selbst innerhalb der EU gibt es große
570 Unterschiede: Es existieren keine gemeinsamen EU-Mindeststandards, kein einheitlicher
571 Rechtsrahmen, der den Schutz und die Förderung von Minderheiten gewährt. Das wollen wir
572 ändern. Wir werden uns für die Verabschiedung der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie
573 einsetzen, damit international anerkannte Menschenrechte in der EU eine Rechtsgrundlage
574 erhalten und die VN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auf
575 europäischer Ebene rechtlich umgesetzt wird. Den EU-Aktionsplan gegen Rassismus treiben wir
576 national und international voran.

577 **Wir schützen Geflüchtete**

578 **Eine menschenrechtsorientierte Geflüchtetenpolitik in Europa umsetzen**

579 Wir treten für eine Europäische Union ein, die ihre humanitäre und rechtliche Verpflichtung,
 580 den Zugang zum Grundrecht auf Asyl zu garantieren, und die Notwendigkeit, Verfahren nach
 581 völkerrechtlichen Standards fair und zügig durchzuführen, einhält. So schwer das derzeit in
 582 der EU der 27 auch ist. Deutschland spielt dabei eine zentrale Rolle. Die neue
 583 Bundesregierung muss die Menschenrechte und das Asylrecht verteidigen. Zustände wie in den
 584 Lagern auf den griechischen Inseln, auf dem Mittelmeer oder an der Grenze zu Kroatien
 585 bedeuten einen Bruch mit europäischen Werten und Menschenrechten. Der Blockade einer
 586 gemeinsamen und humanen Geflüchtetenpolitik zwischen den Mitgliedstaaten begegnen wir
 mit
 587 folgendem Plan: In gemeinschaftlichen von den europäischen Institutionen geführten
 588 Registrierungscentren in den EU-Staaten mit rechtsstaatlich und europäisch kontrollierten
 589 Außengrenzen sollen die Geflüchteten registriert werden und einen ersten Check durchlaufen,
 590 ob Einträge in sicherheitsrelevanten Datenbanken vorliegen. So wissen wir, wer zu uns kommt,
 591 und werden zugleich unserer humanitären Verantwortung gerecht. Die Menschen, die nach
 Europa
 592 kommen, müssen medizinisch und psychologisch erstversorgt und menschenrechtskonform
 593 untergebracht werden. Unter Berücksichtigung persönlicher Umstände wie familiärer Bindungen
 594 oder der Sprachkenntnisse bestimmt die EU-Agentur für Asylfragen schnellstmöglich den
 595 Aufnahme-Mitgliedstaat für die Durchführung des Asylverfahrens. Der zugrunde liegende,
 596 zügige Verteilmechanismus stützt sich zunächst auf die Bereitschaft von Mitgliedstaaten,
 597 Regionen und Städten, Geflüchtete freiwillig aufzunehmen. Wer das tut, erhält Hilfe aus
 598 einem EU-Integrationsfonds. Reichen die Aufnahmeplätze nicht aus, weiten alle
 599 Mitgliedstaaten im Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt und Bevölkerungsgröße verpflichtend
 600 ihr Angebot aus oder leisten einen mindestens gleichwertigen Beitrag zu den Gesamtkosten.
 601 Das Asylverfahren findet dann im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene
 602 Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen sind damit nicht vereinbar. Die Kommission
 603 stellt sicher, dass die gemeinsamen Regeln und Standards eingehalten werden und für alle
 604 Menschen gelten. Wir werden mit handlungswilligen Ländern und Regionen vorangehen, um die
 605 derzeitige katastrophale Situation an den Außengrenzen zu beenden. Menschenunwürdige
 Lager
 606 und geschlossene Einrichtungen, Transitzonen oder europäische Außenlager in Drittstaaten
 607 lehnen wir ab.

608 **Sichere und legale Fluchtwege schaffen**

609 Niemand sollte für das völkerrechtlich verbriefte Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene
 610 Leben oder das der Familie riskieren müssen. Genau das ist aber bittere Realität: Immer noch
 611 reichen die Möglichkeiten für sichere Zugangswege bei weitem nicht aus und Geflüchtete sind
 612 deshalb gezwungen, auf lebensgefährliche Routen durch die Wüste oder über das Meer
 613 auszuweichen. Wir wollen sichere und legale Zugangswege schaffen – damit Menschen Schutz
 614 finden und um zu verhindern, dass Schlepper aus der Not und dem Leid der Geflüchteten Profit
 615 schlagen können. Dabei sind wir dem besonderen Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-
 616 Kinderrechtskonvention und Europäischer Menschenrechtskonvention verpflichtet und treten
 617 dafür ein, die Einschränkungen beim Familiennachzug wieder aufzuheben. Familien gehören

zusammen und das Kindeswohl hat oberste Priorität. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre Angehörigen ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten gemäß der Genfer Konvention gleichgestellt werden. Wir wollen den Geschwisternachzug wieder ermöglichen. An deutschen und europäischen Botschaften braucht es mehr Personal und die Möglichkeit, digital Anträge zu stellen, um die Wartezeiten für Visa für Familienangehörige zu verkürzen. In Fällen, in denen die Beschaffung von Identitätsnachweisen durch Schutzberechtigte bei Behörden ihres Herkunftsstaates dort lebende Angehörige gefährdet, setzen wir uns für die pragmatische Erteilung von Passersatzpapieren ein. Auch mit humanitären Visa möchten wir Schutzbedürftigen die Möglichkeit geben, sicher nach Europa zu kommen und hier um Asyl zu ersuchen. Wir setzen uns außerdem für die Aufnahme afghanischer Ortskräfte und ihrer Angehörigen ein, die durch ihre Zusammenarbeit mit deutschen Institutionen wie der Bundeswehr oder der GIZ in Gefahr sind. Das individuelle Asylrecht bleibt unangetastet.

Sichere Zugangswege durch humanitäre Aufnahmepartnerschaft

Im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR werden durch die Vereinten Nationen anerkannte, besonders schutzbedürftige Geflüchtete solidarisch und geordnet auf die Aufnahmeländer verteilt, statt sie ihrem Schicksal auf gefährlichen Fluchtrouten zu überlassen. Das rettet Leben, nimmt Schleppern die Geschäftsgrundlage und folgt einem bewährten, planbaren Verfahren. Im Globalen Pakt für Flüchtlinge ist die Weltgemeinschaft übereingekommen, das Resettlement zu verstärken. Doch faktisch sinkt die Zahl der Aufnahmeplätze seit Jahren. Wir schlagen vor, zusammen mit der neuen US-Administration und Kanada sowie anderen in einer globalen humanitären Partnerschaft die Aufnahme aus dem Resettlement-Programm deutlich auszubauen und mittelfristig die Erfüllung von mindestens dem jeweils fairen Anteil am jährlichen, vom UNHCR ermittelten Resettlement-Bedarf entsprechend der Wirtschaftskraft zu erreichen. So stärken wir die Vereinten Nationen, werden langfristig der globalen Verantwortung Europas gerecht, schaffen Planbarkeit auf allen Seiten, gehen mit gutem Beispiel voran und regen andere Staaten an, dem internationalen Bündnis beizutreten. Daneben werden wir sicherstellen, dass sich das geplante EU-Resettlement an den UNHCR-Kriterien orientiert. Das individuelle Asylrecht bleibt durch das Resettlement unangetastet.

Landesaufnahmeprogramme und ein Patenschaftsprogramm ermöglichen

Mehrere Bundesländer und über 200 Kommunen in Deutschland sind bereit, mehr Geflüchtete als von der Bundesregierung zugesagt bei sich aufzunehmen. Dass diese weiteren Aufnahmeplätze dringend gebraucht werden, ist angesichts der elenden Zustände in den Lagern an den EU-Außengrenzen, etwa auf den griechischen Inseln oder an der bosnisch-kroatischen Grenze, offensichtlich. Wir wollen eine humanitäre Aufnahmepolitik, bei der der Bund und die Länder kooperativ zusammenarbeiten und die die Aufnahmebereitschaft von Kommunen und Ländern nicht mehr ignoriert. Länder, Landkreise, Städte und Gemeinden sollen mehr Mitsprache- und Gestaltungsmöglichkeiten erhalten, wenn es um die humanitäre Aufnahme Geflüchteter geht. Mit

656 einer Änderung der Zustimmungsregel zwischen dem Bundesinnenministerium und den
Ländern von
657 Einvernehmen in Benehmen wollen wir klarstellen, dass sich Bundesländer künftig über den
658 Königsteiner Schlüssel hinaus selbständig und frei für die Aufnahme von Geflüchteten
659 entscheiden können. Der Bund soll weiter die finanziellen und infrastrukturellen Aufgaben
660 erfüllen und die Aufnahmebereitschaft fördern. Auch europäische Gelder können im Rahmen der

661 aufnehmenden Staaten und Regionen eingesetzt werden. Wir werden wieder verstärkt
humanitäre
662 Bundesaufnahmeprogramme sowie Kontingente aus den EU-Staaten mit Außengrenzen auf den
Weg
663 bringen. Ein Patenschaftsprogramm nach dem Vorbild Kanadas kann die Willkommenskultur
664 fördern. Gruppen aus Mentor*innen oder Vereine können dabei die Unterstützung von
665 Geflüchteten zusagen und so durch Relocation- und Resettlement-Möglichkeiten konkret
666 Menschen helfen.

667 **Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte an den Außengrenzen sichern**

668 Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte
669 Außengrenzen. Doch Grenzen sind nur rechtsstaatlich kontrolliert, wenn Menschenrechte an
670 diesen Grenzen geschützt werden und der Zugang zum Recht auf Asyl gesichert ist. Dass
671 tausende Menschen jährlich im Mittelmeer ertrinken, weil europäische Regierungen ihnen nicht
672 ausreichend sichere Zugangswege ermöglichen und auch die Rettung aus Seenot verweigern,
ist
673 eine Schande. Wir streiten weiter für eine zivile und flächendeckende, europäisch
674 koordinierte und finanzierte Seenotrettung. Da ein gemeinsames Vorgehen aller europäischen
675 Mitgliedstaaten derzeit nicht möglich erscheint, wollen wir mit jenen Staaten vorangehen,
676 die die Seenotrettung als völkerrechtliche Pflicht ernst nehmen, und einen eigenen Beitrag
677 leisten: Gerettete müssen zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden, um dann nach einem

678 Verteilmechanismus unverzüglich auf aufnahmebereite Mitgliedstaaten, Regionen oder Städte
679 aufgeteilt zu werden. Wir stehen fest an der Seite zivilgesellschaftlicher
680 Rettungsinitiativen und treten dafür ein, dass die Kriminalisierung und behördliche
681 Behinderung ihrer Arbeit beendet wird. So wollen wir die Registrierung von Schiffen der
682 Menschenrechtsbeobachtungs- und Seenotrettungsorganisationen rechtssicher und einfacher
683 gestalten. Wir setzen auf eine europäische Grenzkontrolle, die den gemeinsamen Schutz der
684 Menschenrechte zur Grundlage hat und ihre Aufgaben wahrnimmt, ohne sie zur Fluchtabwehr
zu
685 missbrauchen. Das Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und
686 europarechtlich verbriefte Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall. Die Genfer
687 Flüchtlingskonvention gilt uneingeschränkt. Ihre Aushöhlung führt weder zu mehr Sicherheit
688 noch zu mehr europäischer Handlungsfähigkeit in der Geflüchtetenpolitik. Dennoch erleben wir
689 derzeit einen systematischen Rechtsbruch an den EU-Außengrenzen: Menschen werden
690 misshandelt, schutzlos auf dem Wasser zurückgelassen oder ohne Zugang zu Asylverfahren
691 abgewiesen. Pushbacks, von nationalen Grenzpolizeien oder Frontex begangen, müssen
rechtlich
692 und politisch geahndet werden. Deutschland darf sich an völker- und menschenrechtswidrigen
693 Einsätzen nicht beteiligen, Verstöße müssen verfolgt werden und Konsequenzen haben. Wir

694 werden uns dafür einsetzen, dass Intransparenz und Menschenrechtsverletzungen bei EU-
 695 Agenturen wie Frontex keinen Raum mehr haben. Wir unterstützen die europäischen Initiativen,
 696 die die strukturellen Probleme beim Menschenrechtsschutz bei den Grenzkontrollen mit
 697 strukturellen Veränderungen beheben wollen. Das staatliche und zivilgesellschaftliche
 698 Menschenrechtsmonitoring, vor allem durch die EU-Grundrechteagentur, wollen wir ausbauen.
 Es
 699 bedarf einer engen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen sowie einer
 700 systematischen Menschenrechtsbeobachtung vor Ort.

701 **Aufnahme- und Transitländer unterstützen**

702 Die humanitäre Versorgung von Geflüchteten außerhalb der Europäischen Union ist Bestandteil
 703 unserer globalen Verantwortung. Wir wollen die finanzielle und logistische Unterstützung von
 704 Erstaufnahme- und Transitländern wie der Türkei, dem Libanon, dem Sudan, Pakistan oder
 705 Uganda sowie der dort tätigen Hilfsorganisationen ausbauen. Die deutsche und europäische
 706 Zusammenarbeit mit Drittstaaten muss stets so erfolgen, dass Menschen- und Grundrechte
 sowie
 707 internationale Asylstandards eingehalten werden. Sie darf außerdem nicht auf die
 708 Verhinderung von Flucht abzielen, wie es derzeit mit der sogenannten libyschen Küstenwache
 709 und der Erdogan-Regierung der Fall ist. Die bestehenden „Migrationspartnerschaften“, die
 710 Fluchtabwehr und Rückführungen zur Bedingung etwa von Entwicklungszusammenarbeit
 machen,
 711 lehnen wir daher ab, genauso wie die Kooperation mit der libyschen Küstenwache. Statt
 712 „sichere Herkunftsländer“ zu definieren, brauchen wir für Rückführungen
 713 menschenrechtskonforme Rückübernahmeabkommen. Wir wollen denjenigen Ländern, die ihren

714 Staatsbürger*innen nach einer Rückkehr Sicherheit effektiv garantieren, im Gegenzug über
 715 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften verlässliche Aussicht auf eine geordnete
 716 Migration eröffnen. Rückübernahmeabkommen dürfen aber nicht zur Bedingung in anderen
 717 Politikbereichen, etwa entwicklungspolitischer oder rechtsstaatlicher Unterstützung, gemacht
 718 werden, nicht für Drittstaatsangehörige gelten oder das Einwanderungsrecht konterkarieren.

719 **Fluchtursachen strukturell angehen**

720 Uns ist bewusst: Nicht alle Ursachen von Vertreibung können wir beeinflussen. Viele Menschen
 721 fliehen, weil sie verfolgt oder ihnen grundlegende Rechte vorenthalten werden. Umso
 722 entscheidender ist konsequentes Handeln überall dort, wo auch unser Wirtschaften und
 723 Konsumieren andernorts zu Ausbeutung oder Perspektivlosigkeit führen. So wollen wir
 724 verhindern, dass Menschen überhaupt fliehen und ihre bisherige Heimat unfreiwillig verlassen
 725 müssen. Deshalb rücken wir die strukturellen Ursachen von Flucht und Vertreibung und unsere
 726 dahin gehende Verantwortung ins Zentrum unserer Politik. Denn viele politische
 727 Entscheidungen, die wir in Deutschland und Europa treffen, haben direkte Auswirkungen auf
 728 die Lebensbedingungen in anderen Weltregionen. Wir machen uns deshalb stark für zivile
 729 Krisenprävention und wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische
 730 Rüstungsexporte an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete
 731 beenden. Wir setzen uns für ein gerechtes Handelssystem ein, das auch den Interessen der
 732 Menschen im globalen Süden dient. Und wir treiben die sozial-ökologische Transformation
 733 unserer Wirtschaft voran.

734 **Wir streiten für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung**

735 **Globale Krisenprävention**

736 Die Corona-Krise führt in vielen Ländern des globalen Südens zu Kapitalflucht und
 737 Währungskrisen und offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt
 738 langfristig der Aufbau eines kooperativen Weltwährungssystems. Der IWF muss in
 739 Krisensituationen sehr viel mehr Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür
 740 werden wir uns für eine deutliche Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen.
 741 Deutschland und Europa könnten vorangehen und nicht genutzte Sonderziehungsrechte
 Ländern
 742 des globalen Südens zur Verfügung stellen, wie Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte
 743 Ländern des globalen Südens auch bei der Einführung und Durchführung von
 744 Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen Finanzzentren
 745 zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von Ländern des globalen
 Südens
 746 verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.

747 **Entwicklung ermöglichen, Schuldenkrisen lösen**

748 Viele Länder des globalen Südens befinden sich in einer Schuldenkrise. Das derzeitige
 749 Schuldendienstmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir
 750 brauchen solide Schuldenrestrukturierungen und auch Schuldenerlasse, die Ländern Luft für
 751 eine nachhaltige Entwicklung verschaffen. Um für künftige Überschuldungskrisen vorzusorgen,
 752 setzen wir uns für ein bei den Vereinten Nationen angesiedeltes, transparentes und
 753 unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten ein. Private Gläubiger*innen
 754 müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an einem solchen Verfahren teilzunehmen, damit
 755 Entschuldungen nicht mehr blockiert werden können und so etwa Geierfonds auf Kosten
 anderer
 756 profitieren. Solange eine internationale Lösung nicht durchsetzbar ist, müssen Deutschland
 757 und andere Regierungen mit koordinierter Gesetzgebung den Anfang machen. Damit wollen wir
 758 den zu hoch verschuldeten Staaten im globalen Süden weitere Handlungsspielräume für sozial-
 759 ökologische Transformationsprozesse ermöglichen, etwa um ihre Gesundheits-, Bildungs- und
 760 Sozialsysteme zu verbessern.

761 **Spekulation mit Nahrungsmitteln verbieten**

762 Nahrungsmittelpreise sind oft starken Schwankungen unterworfen. Verantwortlich dafür sind
 763 nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant*innen, denen die
 764 Gewinnmaximierung vor Nahrungsmittelsicherheit geht. Auch andere lebenswichtige
 Ressourcen,
 765 wie Wasser, werden immer mehr zu einer spekulativen Ware. Wir werden uns in der EU für
 766 striktere Regulierungen einsetzen, um exzessive Nahrungsmittelspekulation zu verhindern.
 767 Dafür braucht es strenge Berichtspflichten für Händler*innen sowie strikte Preis- und
 768 Positionslimits an allen europäischen Rohstoff-Börsen. So wirken wir unkontrollierten,
 769 marktverzerrenden Spekulationen entgegen, ohne die für die Agrarbranche wichtigen
 770 Absicherungsmechanismen an den Terminmärkten zu gefährden.

771 **Wir treten ein für Frieden und Sicherheit**

772 **Vorausschauend für den Frieden**

773 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik zielt darauf, Konflikte zu verhindern, und setzt
 774 deshalb auf Vorausschau gemäß der VN-Agenda für nachhaltige Entwicklung. Deutschland soll
 775 bei der politischen Entschärfung von Konflikten und in der zivilen Konfliktbearbeitung auf
 776 globaler Ebene eine treibende Kraft werden. Wir ergänzen den traditionellen
 777 Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von
 778 Menschen in den Fokus. Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Gemeinsame
 Außen-
 779 und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken, einschließlich der Rolle des/der Hohen
 780 Vertreter*in. Die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“
 781 wollen wir um einen Aufbauplan mit zivilen Planzielen ergänzen und den Auswärtigen Dienst
 782 für dessen heutige Aufgaben fit machen. Die personellen und finanziellen Mittel für zivile
 783 Krisenprävention sollten gezielt erhöht und durch eine Reform des Zuwendungsrechts
 784 langfristig planbarer werden. Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve
 785 an EU-Mediator*innen und Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und
 786 Mediation aufbauen. Wir wollen mehr ressortgemeinsame Analysen, Krisenfrüherkennung und
 787 Projektplanung, eine engere Abstimmung mit internationalen Partner*innen sowie einen
 788 angemessen ausgestatteten Fonds „Krisenprävention, Konfliktbewältigung und
 789 Friedensförderung“. Wir möchten lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteur*innen in
 790 der Friedensförderung stärker unterstützen. Den Zivilen Friedensdienst (ZFD) wollen wir
 791 weiterentwickeln und bedarfsgerecht ausbauen, das Zentrum für Internationale
 792 Friedenseinsätze (ZIF) sowie die Friedens- und Konfliktforschung stärken. Das
 793 Stiftungskapital der Deutschen Stiftung
 794 Friedensforschung wollen wir erhöhen, den neu eingerichteten Fachbereich an der Deutschen
 795 Hochschule der Polizei und andere wissenschaftliche Einrichtungen insbesondere personell und
 796 durch Strategien der Entfristung stärker fördern. Auch die Erfolge und Chancen der zivilen
 797 Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wollen wir der Bevölkerung durch mehr und
 798 zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit vermitteln.

799 **Internationale Politik feministisch gestalten**

800 Wir gestalten unsere Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Sicherheitspolitik feministisch.
 801 Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen wie LSBTIQ*-Personen sind in besonderem Maße
 von
 802 Kriegen, Konflikten und Armut betroffen. Die Wahrung ihrer Rechte und ihrer Rolle als
 803 Gestalter*innen in der internationalen Politik fördert Frieden, Entwicklung, Stabilität und
 804 Sicherheit. Es geht darum, die diversen Perspektiven von Frauen, Mädchen und
 805 marginalisierten Gruppen zu stärken, zu schützen und bei allen bi- oder multilateralen
 806 Verhandlungen immer mindestens gleichberechtigt einzubeziehen. Dazu braucht es auch
 807 Genderanalysen für einzelne Länderkontexte in regelmäßigen Abständen und eine enge
 808 Zusammenarbeit mit feministischen Akteur*innen in Deutschland und in Partnerländern. Wir
 809 wollen sie nachhaltig finanziell und politisch unterstützen und bedarfsgerechte Strategien,
 810 Gender Budgeting und eine bessere Ressortkoordinierung stärken. Es gilt die Umsetzung der
 811 Agenda 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ innerhalb Deutschlands wie international
 812 voranzutreiben, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden einzudämmen, die
 813 reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit und Partizipation von Frauen

814 und Mädchen in der Prävention gegen Konflikte, bei der Transformation von Konflikten und in
 815 Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Geschlechterbildern, die sich nachteilig
 816 auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung auswirken, möchten wir entgegenwirken. Hierzu wollen
 817 wir gemeinsam mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft verbindliche Leitlinien für eine
 818 feministische Außenpolitik der Bundesregierung erarbeiten.

819 **Koloniales Unrecht aufarbeiten und internationale Beziehungen dekolonialisieren**

820 Ziel unserer internationalen Politik ist eine selbstkritische und gleichberechtigte
 821 Zusammenarbeit. Wir können das Unrecht, das die Menschen in den früheren Kolonien des
 822 Deutschen Reiches erleiden mussten, weder ungeschehen machen noch wiedergutmachen.
 Umso
 823 wichtiger ist es, dass wir vergangenes Unrecht wie den Völkermord an den Ovaherero und Nama
 824 benennen, für diese und andere begangene Verbrechen wie im Maji-Maji-Aufstand um
 Vergebung
 825 bitten und dafür mit Worten und Taten Verantwortung übernehmen. Aber aus den Verbrechen
 der
 826 Kolonialzeit erwächst auch eine besondere Verantwortung für unser internationales Handeln
 827 heute. Wir wollen strukturelle Ungerechtigkeiten, wie benachteiligende Klauseln in
 828 Handelsabkommen, ungerechte Wohlstandsverteilung und fehlende Repräsentanz im VN-
 829 Sicherheitsrat, Stück für Stück abbauen. Auch unser Natur- und Umweltschutz muss
 830 postkolonial sein. Das bedeutet, die Menschen- und Landrechte indigener und lokaler
 831 Gemeinschaften zu stärken und zu achten. Die lokale Zivilgesellschaft, Menschen in der
 832 Diaspora und Nachfahren der Opfer kolonialer Verbrechen sind Partner*innen. Mit ihnen
 833 gemeinsam wollen wir Prozesse zur Aufarbeitung stärken und zusammen mit unseren
 europäischen
 834 Partner*innen dafür sorgen, dass eine umfangreiche Aufarbeitung der kolonialen Verbrechen
 835 stattfindet.

836 **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken**

837 Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten Angriffe auf
 838 Kunst- und Wissenschaftsfreiheit wollen wir die Zusammenarbeit mit der UNESCO und dem
 839 Europarat intensivieren und die Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik
 840 stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft, vor allem in Krisenzeiten, stärkt
 841 demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Das zivilgesellschaftliche Eine-
 842 Welt-Engagement und die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wollen wir stärker
 843 unterstützen. Auch die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus werden wir durch
 844 internationale Kultur- und Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen Austausch
 845 stärken. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Menschen während ihrer Schul-, Ausbildungs-
 846 oder Studienzeit die Möglichkeit haben, europäische bzw. internationale
 847 Austauscherrfahrungen zu sammeln. Die Verantwortung für die koloniale Vergangenheit
 848 Deutschlands wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen Geschichtsbuchkommissionen mit
 849 ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten. Kulturmittlerorganisationen, wie etwa
 850 Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im Ausland sollen finanziell besser ausgestattet
 851 und digital fit gemacht werden, die Programme für verfolgte Künstler*innen und
 852 Wissenschaftler*innen sowie Maßnahmen gegen Desinformationskampagnen wollen wir
 verstärken.

853 **Europarat und OSZE stärken**

854 Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Damit die
 855 Vision einer friedlichen Zukunft für alle Europäer*innen Wirklichkeit werden kann, wollen
 856 wir die gemeinsamen, über die EU hinausreichenden europäischen Institutionen wie den
 857 Europarat und die OSZE stärken und weiterentwickeln, auch damit wir alle europäischen
 858 Staaten einbinden. Nur so können wir tatsächlich ein effektives und starkes System
 859 kollektiver Sicherheit in ganz Europa schaffen. Es bleibt unser Ziel, die östlichen
 860 Nachbarstaaten der Europäischen Union auf der Basis gemeinsamer Werte für eine solche
 861 Perspektive zu gewinnen und die demokratischen Zivilgesellschaften vor Ort zu unterstützen,
 862 was gerade
 863 angesichts der nationalistischen und rückwärtsgewandten Politik Russlands, die Europas
 864 Sicherheit und die Selbstbestimmung der Nachbarländer Russlands untergräbt, nötig ist. Die
 865 OSZE als Forum für Dialog und fairen Interessenausgleich braucht mehr finanzielle und
 866 personelle Ressourcen sowie ein aktiveres Engagement seitens der Bundesregierung und der
 867 teilnehmenden Parlamentarier*innen. Sie soll als Akteurin für Rüstungsbegrenzung, Abrüstung
 868 und den gemeinsamen Kampf gegen die Klimakrise gestärkt sowie in ihren Aktivitäten zur
 869 Umsetzung des Minsker Abkommens unterstützt werden. Den andauernden Versuchen
 autoritärer
 870 Staaten, die OSZE-Agenda entlang ihrer Interessen zu dominieren, kann nur gemeinsam mit
 871 anderen liberalen Demokratien der OSZE für eine wertegeleitete und völkerrechtsorientierte
 872 Politik begegnet werden.

873 **Neuer Schub für Abrüstung**

874 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Angesichts der
 875 wachsenden militärischen Risiken in Europa ist eine Wiederbelebung der konventionellen
 876 Rüstungskontrolle unabdingbar. Erste Schritte sollen weitere deeskalierende Maßnahmen in
 877 Konfliktzonen sowie die Wiederaufnahme des Sicherheitsdialogs und militärischer Kontakte
 878 zwischen NATO und Russland sein. Auch über Europa hinaus wollen wir alle Länder einbeziehen,
 879 insbesondere auch China. Unser Anspruch ist noch immer nichts Geringeres als eine
 880 atomwaffenfreie Welt. Nach der Aufkündigung des Vertrags über nukleare
 Mittelstreckensysteme
 881 (INF-Vertrag) zwischen den USA und Russland ist eine neue Vertragsinitiative nötig. Eine
 882 Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf dem europäischen Kontinent lehnen wir ab. Wir
 883 wollen den transatlantischen Neustart nach der US-Präsidentschaftswahl und das
 Wiederbeleben
 884 des New-START-Vertrags nutzen, um mit den USA über Barack Obamas „Global Zero“ ins
 Gespräch
 885 zu kommen. Wir wollen ein Deutschland frei von Atomwaffen und einen Beitritt Deutschlands
 886 zum VN-Atomwaffenverbotsvertrag. Eine Welt ohne Atomwaffen gibt es nur über
 887 Zwischenschritte. Als ersten Schritt sollte Deutschland als Beobachter an der
 888 Vertragsstaatenkonferenz teilnehmen. Darüber hinaus wollen wir in der kommenden
 889 Legislaturperiode folgende Prozesse initiieren: eine internationale Initiative zur
 890 Reduzierung der Zahl von Atomwaffen, einen Verzicht der NATO auf jeden Erstschatz und eine
 891 breite öffentliche Debatte über die veralteten Abschreckungsdoktrinen des Kalten Krieges.
 892 Wir wissen, dass dafür – auch angesichts der russischen konventionellen und nuklearen

893 Aufrüstung – zahlreiche Gespräche im Bündnis notwendig sind, auch mit unseren europäischen
894 Partnerstaaten, und vor allem die Stärkung der Sicherheit und Rückversicherung unserer
895 polnischen und baltischen Bündnispartner*innen.

896 **Keine deutschen Waffen in Kriegsgebiete und Diktaturen**

897 Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime
und in
898 Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von europäischen Rüstungsexporten wollen wir
899 eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln
900 und Sanktionsmöglichkeiten. Kooperationen mit dem Sicherheitssektor anderer Staaten müssen

901 an die Einhaltung demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien
902 geknüpft werden. Für Deutschland werden wir ein Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen, ein
903 Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame
904 Endverbleibskontrolle sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben.
905 Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren
906 und private Militärfirmen verbieten.

907 **Autonome tödliche Waffensysteme international ächten**

908 Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner wirksamen Steuerung mehr durch den Menschen
bei
909 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung dar.
Im
910 Sinne von Frieden und Stabilität wollen wir Autonomie in Waffensystemen international
911 verbindlich regulieren und Anwendungen, die gegen ethische und völkerrechtliche Grundsätze
912 verstoßen, international verbindlich ächten und verbieten. Das gilt auch für digitale Waffen
913 wie Angriffs- und Spionagesoftware. Hierbei müssen Deutschland und die EU eine globale
914 Führungsrolle einnehmen. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, wollen wir
915 weiterentwickelte, international verbindliche Regeln auf den Weg bringen.

916 **Sicherheit im Cyber- und Informationsraum schaffen**

917 Digitalisierung und neue Technologien bieten viele neue Möglichkeiten, schaffen aber auch
918 Risiken für offene, demokratische Gesellschaften und werfen in bestimmten Bereichen
919 schwerwiegende ethische, politische und rechtliche Fragen auf. Sie verändern Möglichkeiten
920 staatlicher und nichtstaatlicher Einflussnahme auf individuelle Freiheiten und
921 gesellschaftliche Diskurse, demokratische Abstimmungsprozesse sowie die moderne
922 Kriegsführung. Der Staat ist in der Pflicht, die Bevölkerung effektiv vor solchen Angriffen
923 zu schützen. Für Früherkennung, Analyse und das gemeinsame Vorgehen staatlicher Stellen
924 braucht es ressortübergreifende Strategien zur Bekämpfung hybrider Bedrohungen, klare
925 rechtliche Vorgaben und eine starke parlamentarische Kontrolle für das Handeln der
926 Bundeswehr im Cyberraum. Die Bundeswehr braucht ein an Schutz und Defensive orientiertes
927 Selbstverständnis im digitalen Raum. Gleichzeitig müssen alle staatlichen Institutionen
928 kontinuierlich ihre Resilienz stärken und gerade Betreiber*innen kritischer Infrastrukturen
929 hierbei unterstützt werden. Wir setzen uns für neue internationale Übereinkünfte ein, um die
930 üstungskontrolle digitaler Güter und das Völkerrecht zu stärken. Die Gültigkeit der VN-
931 Charta muss ausgedehnt und das humanitäre Völkerrecht auch im Cyberraum angewendet
werden.

Hierfür muss auch die europäische Zusammenarbeit ausgebaut werden, wozu Deutschland einen entsprechenden Beitrag leisten muss.

Internationale Schutzverantwortung wahrnehmen

Es ist wichtig, frühzeitig auf Konflikte einzuwirken und zu verhindern, dass sie zu bewaffneten Auseinandersetzungen eskalieren. Uns leitet das Konzept der „Responsibility to Prepare, Protect and Rebuild“ der Vereinten Nationen, das die Staatengemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie Völkermord zu schützen. Die Staaten sind gleichermaßen verpflichtet, ihre Instrumente für Prävention, Krisenreaktion und Nachsorge bzw. Wiederaufbau kriegszerstörter Gesellschaften auszubauen. Wir unterstützen internationale Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen, die zu Stabilität, dem Schutz der Zivilbevölkerung und der Umsetzung von Friedensprozessen beitragen. Wir streben an, Ressourcen- und Fähigkeitslücken in diesem Bereich zu beheben und den zivilen und militärischen Beitrag zu VN-Einsätzen signifikant zu erhöhen. Den Frauenanteil unter entsandten Einsatzkräften, Polizist*innen und Soldat*innen, besonders auch in Leitungspositionen, wollen wir durch gezielte Rekrutierung deutlich erhöhen. Die Anwendung militärischer Gewalt als Ultima Ratio, wenn alle anderen Möglichkeiten wie Sanktionen oder Embargos ausgeschöpft wurden, kann in manchen Situationen nötig sein, um Völkermord zu verhindern und die Möglichkeit für eine politische Lösung eines Konflikts zu schaffen. Ein Einsatz braucht einen klaren und erfüllbaren Auftrag, ausgewogene zivile und militärische Fähigkeiten und unabhängige (Zwischen-)Evaluierungen. Bewaffnete Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit – das heißt nicht in verfassungswidrige Koalitionen der Willigen – und in ein politisches Gesamtkonzept einzubetten, basierend auf dem Grundgesetz und dem Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken, steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und Völkerrecht schädigt wie Handeln.

Moderne Bundeswehr

Der Auftrag und die Aufgaben der Bundeswehr müssen sich an den realen und strategisch bedeutsamen Herausforderungen für Sicherheit und Friedenssicherung orientieren und in ein gesamtstaatliches Handeln einfügen. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen können. Dazu gehört auch, dass die Bundeswehr entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben personell und materiell sicher und planbar ausgestattet und bestmöglich organisiert sein muss. Dass Soldat*innen mit nicht ausreichender Schutzausrüstung in Einsätze gehen, ist nicht hinnehmbar. Neben einer ausreichenden und optimalen Ausrüstung zu jeder Zeit wollen wir, dass die Soldat*innen nach Einsätzen umfassend betreut und unterstützt werden und das Angebot für Einsatzgeschädigte ausgebaut wird. Die Bundeswehr soll die Vielfalt und Diversität unserer Gesellschaft in ihrer Personalstruktur widerspiegeln. Menschenfeindliche

973 Ideologien und rechtsextremistisches Verhalten sind mit dem Auftrag der Bundeswehr und den
 974 Pflichten der Soldat*innen in keiner Weise vereinbar. Daher werden wir dies konsequent
 975 verfolgen und derartige Strukturen zerschlagen. Neben der umfassenden Aufklärung ist die
 976 wirksame Prävention entscheidend, durch eine praktizierte und weiterentwickelte Innere
 977 Führung, verantwortungsbewusste Personalgewinnung und zeitgemäße, verbindliche politische
 978 Bildung. Die Rekrutierung Minderjähriger sowie den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im
 979 Inneren lehnen wir ab und wollen den Freiwilligen Wehrdienst im Heimatschutz beenden sowie
 980 die politische Bildung in Schulen, durch Stärkung ziviler Krisenprävention und
 981 Konfliktbearbeitung, gleichberechtigt gestalten. Bewaffnete Drohnen wurden und werden
 982 vielfach auch von unseren Bündnispartnern für extralegale Tötungen und andere
 983 völkerrechtswidrige Taten eingesetzt. Ein solcher Einsatz ist für uns GRÜNE undenkbar und
 984 mit dem deutschen Verfassungs- und Wehrrecht nicht vereinbar. Gleichzeitig erkennen wir an,
 985 dass diese Systeme Soldat*innen in gewissen Situationen besser schützen können. Deshalb
 muss
 986 klargemacht werden, für welche Einsatzszenarien der Bundeswehr die bewaffneten Drohnen
 987 überhaupt eingesetzt werden sollen, bevor über ihre Beschaffung entschieden werden kann.
 988 Auch technische Herausforderungen wie mögliche Hackability müssen in der Gesamtabwägung
 eine
 989 wichtige Rolle spielen.

990 **NATO strategisch neu ausrichten**

991 Die NATO leidet unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz
 992 bis hin zu zwischenstaatlichen Konflikten. Ihr fehlt in dieser tiefen Krise eine klare
 993 strategische Perspektive. Trotzdem bleibt sie aus europäischer Sicht neben der EU eine
 994 unverzichtbare Akteurin, die die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und die als
 995 Staatenbündnis einer Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt. Wir werden uns
 996 im Rahmen des laufenden Strategieprozesses für eine Neuaufstellung der NATO und darauf
 997 aufbauend eine Debatte über eine faire Lastenverteilung und eine ausgewogene Beteiligung der

998 Mitgliedstaaten einsetzen, um strategische Interessen auf Grundlage von europäischen Werten
 999 wie Multilateralismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gemeinsam zu entwickeln und
 1000 geschlossener und überzeugender zu vertreten. Das nicht auf Fähigkeiten und Befähigung
 1001 ausgerichtete NATO-2-Prozent-Ziel gibt darauf keine Antwort und wir lehnen es deshalb ab.
 1002 Wir setzen uns für eine neue Zielbestimmung ein, die nicht abstrakt, national und statisch
 1003 ist, sondern von den gemeinsamen Aufgaben ausgeht, und werden mit den NATO-Partnern
 darüber

1004 das Gespräch suchen. Dazu zählt auch eine stärkere militärische Zusammenarbeit und
 1005 Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern wie Großbritannien
 und

1006 Norwegen.

1007 **Europas Sicherheit gemeinsam gestalten**

1008 Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer Verantwortung
 1009 für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die Gemeinsame Sicherheits- und
 1010 Verteidigungspolitik (GSVP) setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus. Wir wollen eine
 1011 EU-Sicherheitsunion etablieren mit einer starken parlamentarischen Kontrolle und einer
 1012 gemeinsamen restriktiven Rüstungsexportpolitik mit strengen Regeln und einklagbaren

1013Sanktionsmöglichkeiten. Anstatt immer mehr Geld in nationale militärische Parallelstrukturen
1014zu leiten, wollen wir die verstärkte Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausbauen,
1015militärische Fähigkeiten bündeln, eine effizientere Beschaffung erreichen und allgemein
1016anerkannte Fähigkeitslücken gemeinsam und durch eine Konsolidierung des europäischen
1017Rüstungssektors schließen. Dafür sind eine geeignete Ausstattung, der Ausbau von EU-
1018Einheiten sowie eine Stärkung und Konsolidierung der gemeinsamen EU-Kommandostruktur und

1019europäischer Initiativen wie zum Beispiel der Permanent Structured Cooperation (PESCO)
1020nötig. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze sollten stärker vom Europäischen Parlament begleitet
1021und kontrolliert werden. Die Umwidmung von bisher ausschließlich für zivile Zwecke
1022vorgesehenen Geldern aus dem EU-Haushalt für militärische Zwecke lehnen wir ab.